



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 23.06.2026**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale)
Zeit:	16:31 Uhr bis 18:58 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt
Paul Backmund

Andreas Heinrich
Olaf Schöder
Dr. Christoph Bergner
Guido Haak
Thomas Schied

Katharina Kohl

Dr. Annette Kreutzfeldt
Sarah Labusga
Yvonne Krause
Marcel Funk

Ines Härtling
Andreas Hemming
Johannes Luppe
Sabrina Otto
Ina Schneegans
Martin Thiele

Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
AfD-Stadtratsfraktion Halle,
Vertretung für Frau Frühling
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale),
anwesend bis 18.53 Uhr
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),
anwesend ab 16.38 Uhr
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion Volt/MitBürger
fraktionslos
Sachkundiger Einwohner,
anwesend bis 18.52 Uhr
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Katharina Brederlow
Anika Seidel-Jähnig
Daniela Suchantke
Sabine Ernst
Dr. Christine Gröger
Dr. Sebastian Meißner
Frank Lange
Julia Franke
Sophia Waldowski

Beigeordnete Bildung und Soziales
Referentin
Gleichstellungsbeauftragte
Leiterin Fachbereich Soziales
Leiterin Fachbereich Gesundheit
Leiter Integrierte Sozialplanung
Amtstierarzt
Koordinatorin Frühe Hilfen
stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Jan Kaltofen
Dr. Jörg Erdsack

Geschäftsführer Jobcenter Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Entschuldigt fehlten:

Iris Frühling
Jan Riedel
Frederike Horn
Claudia Rohrbach
Olga Tidde

AfD-Stadtratsfraktion Halle
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde von **Frau Haupt** eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt sagte, dass der TOP 7.2, Informationen Betriebskosten, abgesetzt wird, da er bereits in einem vorherigen Ausschuss behandelt wurde. Sie machte auf eine neue Mitteilung aufmerksam: TOP 7.7, Jahresplanung 2026.

Frau Krause bat um Vertagung des TOP 6.2, Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Zukunft der Stadtteilbibliothek Süd: Einrichtung eines "Lesecafé".

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - 4.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.04.2026
 - 4.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.05.2026
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Konzept zur Verbesserung der Deutschsprachkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund am Übergang Kita-Grundschule in der Südlichen Neustadt
Vorlage: VIII/2026/02588
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Prüfung der Clusterbildung bei Integrationsbegleitern nach § 35a SGB VIII, Vorlage: VIII/2026/02601
7. Mitteilungen
 - 7.1. Bericht Trägerversammlung FamBeFöG

- 7.2. Arbeitsmarktbericht und Entwicklung Grundsicherung in der Stadt
- 7.4. Entwicklung Bildung und Teilhabe
- 7.5. Auswirkungen Rechtsänderungen mit Bezug zum Jobcenter
- 7.6. Bericht Frühe Hilfen
- 7.7. Jahresplanung 2026, Vorlage: VIII/2026/02811
- 8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9. Anregungen
- 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der
 - 10.1. Niederschrift vom 23.04.2026
 - Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der
 - 10.2. Niederschrift vom 26.05.2026
 - 11. Beschlussvorlagen
 - 12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 13. Mitteilungen
 - 14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zur KdU-Novellierung

Fragesteller 1 sagte, die Verwaltung informiert zu TOP 7.5 unter anderem über die KdU (Kosten der Unterkunft). Der Mieterrat Halle ist seit Januar 2020 in die Auseinandersetzung mit der ungerechten Handhabung der KdU in Halle involviert. Durch die Intervention des Mieterrats und mit Unterstützung des Sozialministeriums Magdeburg wurde eine Änderung auf Bundesebene durchgesetzt: die 13. Novellierung des SGB II. Diese Novellierung soll die bestehende Ungerechtigkeit, die sowohl die Stadtverwaltung als auch die Bürgerschaft Halles belastet, beenden. Die gesetzlichen Grundlagen für die Anpassung sind nun vorhanden. Er fragte, ob die Stadtverwaltung bereit ist, diese Änderungen unverzüglich umzusetzen und wenn ja, in welcher Form, und falls nein, aus welchem Grund nicht.

Frau Ernst sagte, dass die Verwaltung die Änderung noch nicht vollständig umsetzt. Da die derzeitige Ausgestaltung der KdU-Obergrenze nach Satz 6 weiterhin auf erhebliche Kritik seitens der Länder stößt, arbeitet der Bund bereits an einer Anpassung der Regelung.

Geplant ist insbesondere die Schaffung weiterer Ausnahmetatbestände und Härtefallregelungen. Eine entsprechende gesetzliche Anpassung wird voraussichtlich nicht mehr rechtzeitig zum Inkrafttreten des 13. SGB II-Änderungsgesetzes am 01.07.2026 umgesetzt. Das Sozialministerium hat der Stadt mitgeteilt, dass im Vorgriff auf diese beabsichtigte Rechtsänderung die KdU-Obergrenze weit ausgelegt werden kann. Daher wird die Verwaltung heute im Rahmen der Mitteilungen zunächst über den aktuellen Stand informieren, auch im Hinblick auf den im Januar 2026 gefassten Beschluss zum Schlüssigen Konzept, der mit einem Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion verbunden war. Eine erneute Beratung im Ausschuss ist für den September 2026 geplant, darunter auch das Thema Quadratmeter-Höchstpreisgrenze.

Fragesteller 1 bat um die Prüfung, ob trotz des Charakters als Mitteilung der Verwaltung das Rederecht im Rahmen der erwarteten Diskussion für ihn eingeräumt werden kann.

Frau Haupt sagte, dass nach einem Antrag einer Fraktion ihm das Rederecht zu TOP 7.5 erteilt werden kann, wenn die Mehrheit der Ausschussmitglieder zustimmt. Man wolle dazu warten, bis der TOP an der Reihe ist.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 4.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.04.2026

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 23.04.2026

Abstimmungsergebnis: bestätigt

9 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

zu 4.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.05.2026

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 26.05.2026.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

9 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Konzept zur Verbesserung der Deutschsprachkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund am Übergang Kita-Grundschule in der Südlichen Neustadt, Vorlage: VIII/2026/02588**

Auf Antrag des Stadtrates Herr Dr. Erdsack wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Haupt

Dann kommen wir zu den Beschlussvorlagen. Uns liegt vor, das Konzept zur Verbesserung der Deutschsprachkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund am Übergang Kita-Grundschule in der südlichen Neustadt. Und in anderen Ausschüssen haben wir darüber schon gesprochen und ich möchte erst Frau Brederlow fragen, ob sie was sagen möchte. Und dann wird Herr Meißner dazu was sagen. Das haben wir schon abgestimmt, aber Frau Brederlow hat erstmal das Wort.

Frau Brederlow

Genau. Also Herr Dr. Meißner hat das ja hier im Ausschuss schon mal vorgestellt, wenn Sie sich erinnern, ist noch gar nicht so lange her. Im April, wenn ich mich recht entsinne. Und hat auch angekündigt, dass eine entsprechende Beschlussvorlage kommt. Bezogen auf die Beschlussvorlage geht es hauptsächlich um das Konzept. Ich mache bei den Beschlussvorschlägen explizit auf Punkt 2 aufmerksam, soweit es Maßnahmen betrifft, die finanzielle Auswirkungen haben, ist jede dieser Maßnahmen gesondert als Beschlussvorlage in die entsprechenden Ausschüsse einzubringen. Also nicht von vornherein alle Maßnahmen, die drin sind, werden so umgesetzt, wie sie drinstehen, sondern es gibt da Einzelbeschlüsse dann nochmal dazu, wenn sie finanzielle Auswirkungen haben. Aber zum Inhalt vielleicht Dr. Meißner nochmal ganz kurz und dann, denke ich, geht es um die Fragen.

Frau Haupt

Gut. Dankeschön, Herr Dr. Meißner, dann dürfen Sie.

Herr Dr. Meißner

Genau. Frau Brederlow hat es angemerkt, das Konzept mit seiner Entstehung der Historie, der Methodik, mit der wir rangegangen sind, hatten wir bereits vorgestellt. Ihnen liegen jetzt sozusagen die konkreten Maßnahmen einfach vor, die verstärkt sozusagen die Handlungsoption der Verwaltung in den Blick nehmen. Natürlich auch einige Maßnahmen, die es halt auf Landesebene nochmal verstärkt zu kommunizieren geht. Tatsächlich, wenn es um sowas wie Förderung oder Nachwirkungen Sprachförderung oder Ähnlichem geht. Und daher einfach auch nochmal, es ist sozusagen ein Modellverfahren, das wir hier umsetzen.

Heißt aber nicht, dass es danach zu Ende ist, sondern sozusagen, wir haben den Maßnahmenplan, wir schauen, dass wir das umsetzen. Wir werden verwaltungsintern nochmal sozusagen den Auftakt nehmen, um halt zu schauen, wie konkret wird es auch in den verschiedenen Verantwortlichkeiten, in denen der einzelnen Maßnahmen hinterlegt sind, umgesetzt werden können, werden das Adaptieren, anpassen und eben dann auch schauen, wie können wir das Ganze auf Halle sozusagen insgesamt auf andere Stadtteile mit ausweiten. Deswegen, wenn Fragen sind, gerne nochmal an der Stelle. Ansonsten würde ich natürlich um die Zustimmung bitten.

Frau Haupt

Gut, wir machen die Runde auf und können Nachfrage stellen. Jetzt wollte ich Herr Riedel sagen. Nein, Entschuldigung. Ich gucke immer auf das Schild. Herr Dr. Bergner, bitte.

Herr Dr. Bergner

Ja, es wäre sicher Interessant, wenn Herr Riedel hier wäre, da ist ja seinen jetzigen Amtsbereich sehr stark hineinreicht. Also, es ist völlig klar, dass es ein sehr systematisch erarbeitetes Konzept, wo man, sagen wir mal aus Stadtratsperspektive auch schlecht irgendeine Änderung oder irgendetwas platzieren kann. Ich finde es trotzdem richtig und erforderlich, dass die Beschlussvorlage vorsieht, dass es eine weitere Berichterstattung, was ja heißt, auch eine weitere Auswertung der Umsetzung, gibt. Ich habe da in dem Zusammenhang zwei Anmerkungen. Das eine betrifft die Berücksichtigung der Erstsprache oder der Herkunftssprache.

Um das Anliegen vielleicht zu verdeutlichen, das geschieht bei mir ein bisschen vor dem Hintergrund von Erfahrungen, die ich als Aussiedlerbeauftragter machen musste, wo ich feststellen musste, dass es Familien gab, bei denen die Eltern, obwohl sie im Ergebnis gewissermaßen einer sprachlichen Zwangsassimilation in sowjetischen Zeiten die deutsche Sprachkenntnis weitgehend verlernt hatten, trotzdem, als sie hier waren, großen Wert darauf gelegt haben, so deutsch gerade zu sprechen, wie sie es eben konnten. Und das dann ihren Kindern als Familiensprache vermittelt haben. Und es zeigte sich dann, in den Kindergärten nachfolgend, dass diese Kinder es sowohl schwerer als die anderen hatten, Deutsch als auch Russisch zu lernen.

Das heißt, es ist damals auswertend, das waren vor allem Vorgänge, die in Lahr in Süd-Baden, auswerten sehr stark festgestellt, dass eine gefestigte Erstsprache oder Herkunftssprache gewissermaßen eine strukturelle Voraussetzung ist, eine Zweitsprache oder überhaupt dann die Sprache des Landes, in das man kommt, zu lernen. Jetzt will ich mal davon ausgehen, dass das schon bei Ihren Überlegungen eine Rolle gespielt hat. Nur, es gibt ja inzwischen in dem benannten Stadtteil, also im Westen, also Halle-Neustadt, ja inzwischen auch Einrichtungen, die gewissermaßen die erste Sprache in besonderer Weise pflegen. Also es gibt am Islamischen Kulturzentrum eine arabische Vorschule. Und es gibt ein Treff für somalische Kinder. Und die Frage, die ich jetzt hätte, ist, wie weit wird das berücksichtigt?

Denn man muss sich ja in irgendeiner Weise mit den Institutionen, die gewissermaßen die Herkunftssprache pflegen und festigen, Struktur einer Vorschule, muss man sich ja arrangieren, wenn man mit der Erwartung geht, dass in einer deutschen Kindertagesstätte jetzt die deutsche Sprache gelernt wird. Und ein zweiter Punkt, das ist ein bisschen das Ergebnis eines Gesprächs mit Fachleuten, den ich gern noch mal fragen wollte. Es ist vorgesehen, dass die Sprachförderung durch Einzelförderung, durch Sprachfachkräfte erfolgen soll. Die Frage, die sich stellt auch ein bisschen vor dem Hintergrund.

Ich habe das mal bei Sorben erlebt, wie man nach dem sogenannten Vitae-Projekt sorbische Kindergärten in einem mehrsprachlichen Umfeld macht. Und da war eine ganz wichtige Wirkung, dass die Betreuung gewissermaßen als Sprachvorbild fungieren muss. Und die Frage, die ich hätte wäre, ist das Konzept, wenn ich es jetzt richtig verstanden habe. Das ist nur jetzt das Ergebnis eines Gesprächs mit einer Fachfrau darüber. Ist das Konzept zu sagen, wir delegieren das in Einzelförderung auf eine Sprachfachkraft, ist das mal kritisch geprüft und erörtert worden?

Denn es scheint mir ein bisschen eine Konkurrenz zu dem Sprachvorbildkonzept, was ich von woanders her kenne, zu sein. Wie gesagt, ich verstehe zu wenig von Kindertagesstätten, um mich da vertieft äußern zu wollen. Aber das sind die zwei Bemerkungen, die ich habe. Und bei der Frage, wie geht man mit der Herkunft zu Erstsprachenbindung um, da scheint mir sehr wichtig zu sein, dass wenn in dem zeitlichen Abstand berichtet wird, wir uns hier

nochmal vertieft darüber unterhalten.

Frau Haupt

Herr Dr. Meißner. Das war jetzt viel, aber im Kern zwei Fragen. Vielleicht können Sie gleich antworten, bitte.

Herr Dr. Meißner

Also, tatsächlich, fangen wir mit der Zweiten an, was quasi die Sprachfolge ist. Tatsächlich ist er der Fokus drauf, eben das zu sichern, was wir an Sprachförderkräften haben. Das ist halt eine Kommunikation, die wir auch mit dem Land aufnehmen müssen. Das halt eben diese Fachkräfte einfach nicht verloren gehen. Das ist an Fördermittel gebunden, das ist der Fokus halt im Wesentlichen mit drauf. Und das Zweite ist sozusagen, wie sozusagen mit der Erstsprache umgegangen wird, werden wir in der Berichterstattung berücksichtigen. Wir hatten halt erst mal reingeschrieben, das war jährlich natürlich berichten, wie das Ganze stattfinden soll.

Der Fokus liegt hier tatsächlich darum, dass wir verschiedene Maßnahmen haben, wo wir halt auch auf die Eltern und auf diese Kulturhintergründe mit draufzugehen. Stadtteilmütter, das, was bei Herrn Kaltfofen verortet ist, ist so ein Punkt, damit man auch diesen Zugang da mit hat. Und natürlich, wenn wir halt auch immer mit den Einrichtungen halt immer ins Gespräch gehen, wie sozusagen diese Frage von Erstsprache und den Herausforderungen, die da mit einhergehen, wie man damit nochmal anders umgehen kann. Deswegen ist es halt eher in, das Konzept besteht, aber wir würden halt in mehr Maßnahmenumsetzung genau schauen, wo müssen wir nochmal nachsteuern, was hat sich als erfolgreich erwiesen und wenn Maßnahmen abgeschossen sind, wie gehen wir weiter.

Frau Haupt

Herr Dr. Bergner, soweit gut oder Nachfrage?

Herr Dr. Bergner

Es war nur, was die Spezialfachkräfte betrifft. Also, wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollen Sie sich gewissermaßen diese geförderte Institution nicht entgehen lassen und haben deshalb dieses Konzept so gewählt oder? Denn normalerweise, sagen wir mal, Sprachvorbild zu sein, ist ja, da ist eine gut ausgebildete Kindergärtnerin oder Kindergärtner ja durchaus in der Lage dazu.

Frau Haupt

Frau Brederlow möchte antworten.

Frau Brederlow

Da gebe ich Ihnen recht, grundsätzlich ist das natürlich richtig. Wir haben aber ja seit ein paar Jahren tatsächlich auch Sprachfachkräfte die jetzt nun nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund da sind, sondern auch für Kinder, die sprachlich Nachholbedarf haben, so möchte ich es mal nennen. Also auch aus Familien kommen, wo das grammatikalisch richtige Sprechen jetzt nicht so gegeben ist. Die wollen wir da tatsächlich auch natürlich mitnutzen. Wenn man in den Alltag, in den Kitas guckt, spielen die Erzieherinnen in ihrer sprachlichen Klarheit dann natürlich die hervorragende Rolle, weil mit denen haben die Kinder ja wirklich umfassend zu tun.

Die Sprachfachkräfte im Übrigen machen auch entsprechende Angebote für Erzieherinnen und Erzieher, weil auch da tatsächlich ja auch mitunter bestimmte sprachliche Nuancen beziehungsweise Herausforderungen dann auch nochmal wichtig sind, insbesondere wie gehe ich auch mit Kindern um, die Schwierigkeiten in der Sprache haben. Also die wirken in mehrerer Hinsicht. Und was für uns ist, ja, wir wollen das sichern, was wir haben, aber wir

wollen natürlich, wie das der aktuelle Bildungsbericht der Bundesregierung ja auch sagt, die knappen Ressourcen, die wir haben, auch gezielt dorthin steuern, wo sie tatsächlich gebraucht werden.

Frau Haupt

Möchten Sie noch was dazu sagen oder gut soweit jetzt? Gut, dann, Herr Dr. Erdsack. Achso, das habe ich nicht gesehen von hier. Gut, danke. Dann sind Sie dran.

Frau Labusga

Ja, vielen Dank. Ich habe zu einer konkreten Maßnahme eine kleine Rückfrage. Und zwar gibt es bei den institutionellen Anpassungen die Maßnahme, dass die Kinderbetreuung während der Sprachkursteilnahme von Eltern gesichert wird. Und hier ist mit angegeben, dass das schon Ende 25 erarbeitet werden sollte und Anfang 26 umgesetzt wird. Da wäre meine Rückfrage, ob das sozusagen schon geschehen ist, ob das schon läuft, ob es da schon erste Erkenntnisse und Ergebnisse gibt. Genau.

Herr Dr. Meißner

Genau, kann ich sagen.

Frau Haupt

Das dürfen Sie beantworten.

Herr Dr. Meißner

Genau. Also die Maßnahme, da sind wir schon dran. Da hat Frau Erfurt auch schon gemeinsam noch mit Herrn Scherer, mit den Sprachkursanbietern zusammengesessen. Es wird noch mehrere Gespräche geben. Die Perspektive war tatsächlich eher geteilter, weil sozusagen, wie dieser Bedarf angesehen wird von den Sprachkursanbietenden. Ob sozusagen die Eltern tatsächlich da dieses Angebot haben oder was sie die Hinderungsgründe sind, deswegen wird es einfach fortgesetzt die Gespräche, das war halt wirklich dahin kommen. Aber unser Ziel ist tatsächlich dann, das war halt diese eine Hürde ein Stück weit aufbrechen um zu sagen, da haben wir eine Sicherung dahinter. Aber die Maßnahme ist schon in der Umsetzung.

Frau Haupt

Gut, dann jetzt, Herr Dr. Erdsack, bitte.

Herr Dr. Erdsack

Ja, danke, Frau Vorsitzende. Ich habe eine Wortmeldung zu der Beschlussvorlage. Also ich bin ja jetzt kein reguläres Mitglied hier im Ausschuss, aber ich bin der einzige Neustädter im Stadtrat. Und bezeichnenderweise wohne ich noch in der südlichen Neustadt. Und ich richte mich an die Frau Beigeordnete, Frau Brederlow und Herrn Meißner und das Team integrierte Sozialplanung. Also die Beschlussvorlage und das Konzept sind gut gemeint und wohlwollend. Was ich jetzt aber vermisste, ist eine Herleitung der Situation mit ihren Ursachen, in der Halle-Neustadt und insbesondere die südliche Neustadt sich befinden.

Ich meine damit nicht so sehr die soziale, sondern mehr die ethnische Segregation, ablesbar an der unverhältnismäßig hohen Anzahl von Migrant*innen in Halle-Neustadt. Damit ich nicht falsch verstanden werde, möchte ich zwei Angelegenheiten hier zu Protokoll geben. Also erstens, in der Beschlussvorlage in der Begründung steht im letzten Absatz, wenn es gelingt, die beschriebenen Maßnahmen Schritt für Schritt umzusetzen, die Zusammenarbeit im Stadtteil weiter zu stärken und parallel dazu auf Landes- und Bundesebene für verbesserte, strukturelle Rahmenbedingungen zu werben, kann das Stadtviertel südliche Neustadt seine Rolle als Ankunfts- und Bildungsquartier weiterentwickeln.

Also, Ankunfts- und Bildungsquartier. Möchte dazu klarstellen, Frau Brederlow, also wir in

Halle-Neustadt, wir möchten kein Ankunftsquartier sein. Halle-Neustadt ist kein Ankunftsquartier. Weil für die südliche Neustadt jetzt die Rolle eines Ankunftsquartiers festzulegen oder diese zuzuschreiben, wie in der Begründung der Beschlussvorlage, bedeutet für mich eine unzulässige Stigmatisierung der südlichen Neustadt, die die defensive Position Halle-Neustadts gegenüber den von Migranten verschonten Stadtteilen unserer Saalestadt zementiert. Denn wenn so eine Bezeichnung wie Ankunftsquartier in offiziellen Dokumenten oder im offiziellen Sprachgebrauch wie selbstverständlich verwendet wird, werden wir den Ausländeranteil nicht wirklich herunterbekommen. Denn jeder wird ja sagen, schiebt die Migranten alle nach Halle-Neustadt. Das ist das Ankunftsquartier.

Und ich möchte hier betonen, ich spreche nicht von Migranten aus der Ukraine oder Kriegsflüchtlingen, sondern von Migranten aus europäischer Herkunft. Ja, und dann möchte ich noch was Zweites sagen. Also die Beschlussvorlage und das Konzept lesen sich über weite Strecken, als müsse man den Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund hinterherlaufen und sie zu irgendeiner Art von Integration zwingen. Das kann doch aber weder die Aufgabe einer Kommune, noch unseres Staates sein. Ich finde, Integration ist eine Bringschuld der Migranten.

Und Migranten, die sich da nicht fügen, haben nicht nur Halle-Neustadt zu verlassen, sondern auch Deutschland und die Europäische Union insgesamt. Ich werde aber dem Beschlussvorschlag, trotz des vernachlässigten Kontextes zustimmen, bitte aber die Stadtverwaltung das, was ich soeben sagte, bei allen Handlungen dieser Art in Zukunft zu berücksichtigen und entsprechend zu handeln. Ich bedanke mich für Ihre Zeit. Danke.

Frau Haupt

Bevor ich jetzt das Wort weitergebe, muss ich erstmal richtigstellen, Sie sind nicht alleine aus Neustadt. Da gibt es noch mehrere. Wir haben zum Beispiel auch in der Fraktion noch jemanden. Bestimmt andere auch. Wollte ich bloß fürs Protokoll mal festhalten. Aber jetzt dürfen Sie, ja, Sie fangen an, nochmal beantworten.

Frau Brederlow

Also das, was wir in der Beschlussvorlage benennen, ist der Ist-Zustand. Und das kann jetzt tatsächlich keiner sagen, dass es nicht so ist. Ich höre auch aus anderen Stadtteilen, und da wehre ich mich auch immer gegen, schickt sie doch alle nach Neustadt, Die Tendenz gibt es ja schon. Wir werden das berücksichtigen, wenn wir das entsprechend in den Berichterstattungen haben, dass wir die Wortwahl dann machen, aber wir haben ja bewusst auch mit dazu genommen, Bildungsquartier. Wir wollen ja dort ganz bewusst auch, wie ich vorhin sagte, Ressourcen auch reingeben, um die Situation dort auch zu verändern. Integration funktioniert immer nur, wenn diejenigen, die sich integrieren sollen, auch mitmachen. Da gebe ich Ihnen recht. Dem restlichen habe ich nach Artikel 1 Grundgesetz ein bisschen eine andere Auffassung, aber das ist im Detail, da müssen wir uns jetzt nicht drüber streiten, aber Ihre Anregungen, ich nehme es mal als Anregung, ist angekommen.

Frau Haupt

Möchten Sie noch was dazu sein? Bitte.

Herr Dr. Meißner

Kann auch nur noch mal sozusagen mit dem Begriff Ankunftsquartier haben wir auf *unverständlich* verwiesen, einfach nur sozusagen, diejenigen Quartiere, in denen halt sozusagen Migrationsbewegung halt reinkommen, die eine hohe Durchmischung haben und wo wir halt auch viel Bewegung mit drin haben, erstmal als analytischen Begriff. Aber wie Frau Brederlow schon sagte, wenn wir das nochmal berücksichtigen, wie wir halt das Wording dafür nutzen und auch nochmal sozusagen, was die Konzeptausrichtung anbelangt, es geht ja darum, tatsächlich die Bildungsbarrieren zu senken, für Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit zu sorgen, um halt auch, und das wissen wir alle, Bildung ist eine

Grundlage auch für spätere Arbeitsmarktpositionen und ähnliches, um halt dort eben einfach auch diejenigen Gruppen, die halt hier eine Benachteiligung erfahren im Moment, zu stärken.

Frau Haupt

Gut. Bitte. Frau Dr. Kreutzfeld, ja.

Frau Dr. Kreutzfeld

Ich möchte die Situation auch in der Neustadt einfach nochmal von der anderen Seite beleuchten. Ich bin auch über diesen Begriff Ankunftsquartier ein bisschen gestolpert, aber die südliche Neustadt ist das Quartier mit dem niedrigsten Durchschnittsalter, mit der höchsten Anzahl an Kindern, mit der höchsten Anzahl an Jugendlichen. Und das ist unsere demografische Reserve. Wir wissen, dass wir in einer alternden Gesellschaft und in einer alternden Stadt leben. Und wenn wir in Zukunft unseren Arbeitsmarkt gerade im sozialen und so weiter, decken wollen, dann müssen wir diese Kinder dort einbeziehen und müssen die gut bilden und dann auch zu gut integrierten Mitgliedern in unsere Gesellschaft machen.

Und ich wollte noch eine kleine Bemerkung machen zu der angeblichen Vorschule im IKC. Das ist sowas, wie wir damals zu DDR-Zeiten hatten, dass wir irgendwo in irgendwelche Kirchen zum Religionsunterricht gegangen sind. Das ist eine Sprachschule, damit die den Koran lesen können. Das hat nichts mit einer Kita-Struktur und nichts mit der Bildung oder mit der Vorbereitung auf unsere Schulen zu tun. Das ist eine völlig andere Ebene. Das können wir nicht so vergleichen.

Frau Haupt

Gut, das nehmen wir noch. Bitte jetzt, Herr Heinrich.

Herr Heinrich

Ja, ich habe noch eine Frage zum Islamischen Kulturzentrum, zu dieser Erstspracheinrichtung, hier Koranschule genannt. Finanziert sich dieses aus eigenen Mitteln oder vom Koran Zentrum oder dem Islamzentrum oder wird das auch das auch durch staatliche Fördermittel finanziert?

Frau Haupt

Frau Brederlow möchte antworten.

Frau Brederlow

Also, nach meinem Wissen finanzieren die sich eigenständig. Also keine Kommunalen Mittel, das kann ich definitiv sagen und andere staatliche Mittel würden mir jetzt da auch nicht einfallen.

Frau Haupt

Dann haben wir noch einen, bitte, Herr Schröder, bitte.

Herr Schöder

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank, Herr Dr. Erdsack. Ich fand Ihre Bemerkungen, Ihre Zusammenfassung sehr interessant, sehr deutlich, wie man es selten hört. Und da ist einiges drin, was mich also auch bewegt. Und ich muss Sie fragen, es ist jetzt auch gesagt worden, dass es ein Pool ist, dort von Kindern, von jungen Menschen, die eventuell eines Tages uns am Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen könnten. Dann stelle ich die Frage, gibt es eine Sondierung oder eine Nachfrage, ob die Eltern, die letztendlich für die Erziehung ihrer Kinder zuständig sind, ob das Menschen sind, die auch am Arbeitsprozess hier in Deutschland stattfinden, teilnehmen, oder sind das Leute, die in ihrer Blase bleiben?

Kriegen Sie das raus? Kann man das verifizieren? Das würde mich interessieren. Denn, ich würde mich als Gesellschaft auch nur für die Leute einsetzen, die auch wirklich gewillt sind,

hier Teil teilzunehmen an unserer Kultur und an unserem Leben und auch an der Arbeitswelt. Denn das ist für mich ein interessantes Thema, ob das überhaupt verifizierbar ist, das stelle ich jetzt einfach mal in Frage. Aber es ist einfach jetzt mal eine Frage.

Frau Brederlow

Also statistisch zu erfassen ist das sicherlich. Da kann sicherlich auch das Jobcenter was zu sagen, dass die Problematik bei Migrantinnen und Migranten ist ja am Ende der Asylbewerberstatus. Erst ab einem bestimmten Status sind sie ja überhaupt berechtigt zu arbeiten. Da ist zwar gerade einiges in Veränderung, aber das ist so ein Thema und wir sind ja als Stadt, heute gab es gerade die Meldung in den Medien, dass auch dieses Thema Bürgergeld wieder in Sachsen-Anhalt initiiert werden soll mit dem Modellprojekt., Mansfeld Südharz.

Wir kennen das ja aus der Vergangenheit, das gab schon mal, das wäre zum Beispiel auch so eine Gelegenheit, wo man sagt, also hier kann man sie tatsächlich auch aktivieren, um dann, wenn sie die Möglichkeit haben, und die sprachlichen Voraussetzungen, dann tatsächlich auch in den Arbeitsmarkt einzumünden. Und da kann aber vielleicht der Kaltofen auch nachher nochmal was dazu sagen. Weil, das ist zu einem großen Teil auch Klientel des Jobcenters und nicht unmittelbar nur der im Asylbewerberleistungsgesetz.

Frau Haupt

Möchten Sie auch noch was? Ich frage immer beide. Nachher, Herr Kaltofen hat ja nachher nochmal ganz viel Zeit und da können wir das mit einfließen lassen. So habe ich das jetzt aufgefasst. Ja, er schreibt es schon auf, ich sehe schon. Jetzt aber nochmal, Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner

Also zum einen, was die Blasenbildung, die Herr Schöder da angesprochen hat, betrifft, im Konzept wird ja sehr viel auf Kommunikation gesetzt. Das finde ich gut. Und ich glaube, es ist an der Stelle natürlich auch nochmal wichtig, dass wir uns klar darüber werden, welche große Bedeutung in dem Zusammenhang die Kita-Sozialarbeit und die Schulsozialarbeit hat, um solche Blasen zu sprengen. Ich wollte mich aber eigentlich zu Frau Dr. Kreutzfeld nochmal melden. Ich habe ja nicht gesagt, dass man diese Koranschule schließen soll und dann würde dann sofort auch das Argument der Religionsfreiheit kommen, sondern mir scheint es notwendig zu sein, und darauf wollte ich aufmerksam machen, dass wenn man ein Konzept zur sprachlichen Vorbereitung für das Schuleintritt hat, dass man dann auch mit Institutionen, die die Herkunftssprache pflegen, in irgendeiner Weise Kooperation suchen muss. Das war mein Hinweis. Ich habe nicht nur, dass es klar ist, nicht gesagt, dass man an dieser Stelle in irgendeiner Weise etwas schließen soll.

Frau Haupt

Nein, gut, alles richtiggestellt, gut. Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen, sodass ich denke, wir können jetzt über dieses Konzept abstimmen und würde dazu zuerst die sachkundigen Einwohnerinnen, um ihr Votum bitten. Also wer das Votum gibt, wir sollen diesem Konzept zustimmen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Eins, zwei, drei vier, fünf, sechs. Ja, 6. Gut. Wer stimmt dagegen? Dürfte keiner sein. Und wer enthält sich? Okay, dann haben wir richtig gezählt. Gut, und jetzt die Stadträte bitte, bitte, wer diesem Konzept, also zustimmen möchte, den bitte ich jetzt das Handzeichen. Eins, zwei drei vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich? Zwei. Danke, dann stimmt es auch wieder. Elf Stadträte, sechs sachkundige Einwohner. Ich danke Ihnen.

Ende des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis skE:

einstimmig zugestimmt

6 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis SR:

einstimmig zugestimmt

9 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt das in der Anlage vorgelegte Konzept.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in Abschnitt 5.3 aufgeführten Maßnahmen umzusetzen. Für einzelne Maßnahmen, die einer finanziellen Untersetzung bedürfen, sind bei Bedarf gesonderte Beschlussvorlagen in den Stadtrat einzubringen.
3. Die Stadtverwaltung erhält den Auftrag, dem Stadtrat jährlich zum Umsetzungsstand der Maßnahmen zu berichten.
4. Die Stadtverwaltung prüft die Übertragung der Maßnahmen auf weitere Stadtteile mit ähnlichen Bedarfen und Rahmenbedingungen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Prüfung der Clusterbildung bei Integrationsbegleitern nach § 35a SGB VIII
Vorlage: VIII/2026/02601

Herr Haak führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Frau Brederlow sagte, dass die Stadtverwaltung bei ihrer positiven Stellungnahme zum Antrag bleibt. Es muss sichergestellt sein, dass den Kindern, die einen individuellen Anspruch haben, diese Hilfe auch erhalten. Sie sagte, dass dem Antrag im Jugendhilfeausschuss nicht zugestimmt wurde.

Frau Labusga sagte, dass das Ansinnen des Antrags nachvollziehbar ist. Bei einigen inhaltlichen Punkten des Antrages kann auch mitgehen, zum Beispiel bei dem Ziel, dass die Anzahl der Erwachsenen in einem ausgewogenen Verhältnis zu der Anzahl der Kinder im Klassenraum bleibt. Man kann dem Antrag, so wie er jetzt vorliegt, jedoch nicht zustimmen. Auch der Stellungnahme der Verwaltung kann man nicht folgen. Aus der Sicht der Fraktion wird versucht, den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen. Es soll das Modellprojekt ab dem kommenden Schuljahr an der Salzmannschule geben, bei dem das Pooling getestet werden soll. Aus diesem Grund ist der Antrag eigentlich erledigt. Man sollte das Modellprojekt abwarten, und dann weitere Schritte gehen.

Frau Brederlow sagte, dass das Projekt an der Salzmannschule durchgeführt wird, weil es dort ausschließlich städtische Verantwortete Integrationshelferinnen und -helfer gibt. An andere Schulen herrschen eine Trägervielfalt und Zuständigkeitsvielfalt. Das ist ein Unterschied zu dem Auftrag, die die CDU in ihrem Antrag formuliert.

Herr Schied sagte, dass er dem Antrag nicht zustimmen wird. Er befürchtet, dass die Hauptmotivationen finanzieller Art sind. Er befürchtet, dass die individuelle Begleitung leiden wird.

Herr Hemming erkundigte sich, ob es bereits Sondierungsgespräche mit der Sozialagentur gegeben hat und wohin eine mögliche Reise führen könnte.

Frau Brederlow geht davon aus, dass es regelmäßige Gespräche gibt. Ob es in diesem Zusammenhang ist, konnte sie jedoch nicht genau sagen.

Frau Haupt sagte, dass ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird. Es ist aktuell noch nicht machbar und notwendig. Unter der Lehrerschaft gibt es unterschiedliche Auffassungen. Nach ihrer Ansicht werden die Kinder ein Stück weit benachteiligt und es kann im Moment nicht die Lösung sein.

Frau Krause erklärte, dass laut Antrag eine Kostenneutralität oder sogar eine Kostenersparnis angestrebt wird. In ihrer Arbeit beschäftigt sie jedoch einen Integrationshelfer des DRK, dessen Kosten gedeckt werden müssten. Bei nicht ESF-geförderten Plätzen beläuft sich dieser Betrag auf etwa 950 bis 980 Euro pro Platz. Für drei Kinder ergäbe das eine Bruttosumme von rund 3.000 Euro. Sie wies darauf hin, dass der Einsatz einer Fachkraft – als einzige Ansprechperson vor Ort, vermutlich nach Entgeltgruppe 8b vergütet – die Kosten auf über 4.500 Euro ansteigen lässt, abhängig von der Berufserfahrung. Sie sieht darin keine Kostenersparnis.

Frau Brederlow sagte, dass man von dem Bereich der Jugendhilfe spricht und den Erfahrungen, die darin gemacht wurden. Die Kostensteigerungen sind insbesondere in dem Bereich der Eingliederungshilfe zu verzeichnen. Sie äußerte sich enttäuscht über die Diskussion. Sie betonte mehrfach, dass im Internet attraktive Modelle mit klaren Vorteilen zu finden seien – eine Chance, die ihrer Meinung nach nicht genutzt wurde. Stattdessen habe man sich ausschließlich auf eigene Erfahrungen gestützt, was sie bedauerte.

Frau Krause fragte, wieviel Menschen in der IGH tatsächlich Fachkräfte sind und wieviel dies im Rahmen eines BFD ausüben.

Frau Brederlow sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Frau Dr. Kreutzfeld fragte sich, warum man das Modellprojekt nicht abwartet und dann schaut, was am Ende wirklich dabei rauskommt.

Herr Dr. Bergner zeigte sich unverständlich darüber, dass bereits der Versuch der Verwaltung, an einer ausgewählten Schule einen solchen Weg zu erproben und zu untersuchen, als Grund genommen wird, um jedes weitere Nachdenken oder Prüfen zu unterbinden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich abgelehnt**

1 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich abgelehnt**

2 Ja / 8 Nein / 1 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung Halle (Saale), ein Modell zur geclusterten Integrationsbegleitung an Schulen zu entwickeln und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Bericht Trägerversammlung FamBeFöG

Herr Dr. Meißner informierte anhand der Präsentation über die Trägerversammlung FamBeFöG, Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Heinrich erkundigte sich nach den zunehmenden psychischen Problemen bei Kindern und wollte wissen, wie sich diese auf Kinder mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Kindern verteilen, die bereits länger mit ihrer Familie in Deutschland leben. Zudem fragte er, ob Integration möglicherweise eine psychische Belastung darstellt oder ob dieser Zusammenhang nicht so gesehen werden kann.

Herr Dr. Meißner sagte, dass die konkreten Zusammenhänge erst noch eruiert werden müssen.

Frau Härtling fragte zum Verständnis, was EFLE bedeutet.

Herr Dr. Meißner sagte, dass es die Abkürzung für Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatung ist.

zu 7.2 Arbeitsmarktbericht und Entwicklung Grundsicherung in der Stadt

Herr Kaltofen informierte über den Arbeitsmarktbericht und Entwicklung Grundsicherung in der Stadt. Die Unterlagen dazu sind im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Heinrich sagte, der Arbeitsmarkt ist für migrantische Kräfte noch offen. Er fragte, ob es daran liegt, dass eine optimierende staatliche Förderung greift oder ob das rein marktregulatorisch bedingt ist.

Herr Kaltofen sagte, dass es keinen Unterschied gibt in den Förderregularien. Das gilt für deutsche und ausländische Staatsbürger gleichermaßen.

Frau Dr. Kreutzfeld fragte zum Verständnis, was eine seitwärtige Entwicklung bedeutet.

Herr Kaltofen sagte, dass es dabei bei den erwerbfähigen Leistungsberechtigten kaum Bestandveränderungen gibt.

Herr Dr. Bergner sagte, dass die geplanten Aktivierungsaktionen keine rechtlichen Instrumente zur Unterstützung darstellen. Er fragte, ob die anstehende Änderung in der Grundsicherungsgesetzgebung Leistungskürzungen in diesem Bereich ermöglichen würde – und ob dies nicht eine Möglichkeit wäre, um die Aktivierung der Betroffenen zu verstärken.

Herr Kaltofen sagte, die Möglichkeit der Aktivierung gibt es auch heute schon. Die neue Grundsicherung hat dazu einige Verstärkungen mit reingebracht. Die Aktivierungen, die

derzeit laufen, haben eine rechtliche Grundlage, aber keine Grundlage dafür, dass jemand in Beschäftigung gezwungen wird. Das ist in Deutschland nicht zugelassen. Auch ist es keine Grundlage, um jemanden mit ordnungspolizeilichen Maßnahmen zu Hause abzuholen.

zu 7.4 Entwicklung Bildung und Teilhabe

Herr Kaltofen informierten über die Entwicklung von Bildung und Teilhabe. Die Unterlagen dazu sind im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Labusga fragte, ob es derzeit beim jobcenter Herausforderungen in der Bearbeitung der Anträge gibt.

Herr Kaltofen sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Hemming fragte, ob versehentlich falsch eingereichte Anträge zwischen Jobcenter und Stadtverwaltung weitergeleitet werden.

Herr Kaltofen bestätigte das.

zu 7.5 Auswirkungen Rechtsänderungen mit Bezug zum Jobcenter

Herr Kaltofen informierte anhand der Präsentation über die Auswirkungen Rechtsänderungen mit Bezug zum Jobcenter. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Backmund fragte, was passiert, wenn sich Mütter weigern, nach 14 Monaten wieder arbeiten zu gehen.

Herr Kaltofen sagte, dass es sich sicherlich nicht um eine Weigerung handelt, sondern eine Veränderung in den Rahmenbedingungen. Ab dem 15. Monat heißt es, aktives Bemühen um eine Beschäftigungsmöglichkeit und die Suche nach einer Kinderbetreuung. Die Leistung wird nicht sofort eingestellt. In einem angemessenen Abstand, ca. drei Monate, fragt man erneut nach. Es wird keiner in Beschäftigung gezwungen. Eine geeignete Kinderbetreuung zu finden ist meist nicht von heute auf morgen erledigt.

Herr Backmund erkundigte sich konkret danach, welche Änderungen ab Juli im Vergleich zu den aktuellen Maßnahmen für die Jugendlichen geplant sind.

Herr Kaltofen sagte, dass sich in Halle nicht wirklich was verändert. Es stehen genügend Praktikumsplätze zur Verfügung. Das Problem besteht darin, dass handwerkliche Betriebe keine Jugendlichen für ein Praktikum aufnehmen können, weil vor Ort die notwendige Betreuungsperson aufgrund von Personalmangel fehlt. Im industriellen Bereich gestaltet sich die Umsetzung in der Regel unkomplizierter.

Herr Backmund fragte, was nach einer kompletten Verweigerung passiert, wenn die Kosten für die Unterkunft nicht mehr bezahlt werden und Obdachlosigkeit droht.

Herr Kaltofen sagte, dass das frühestens nach dem mind. 20. Kontaktversuch erfolgt. Man ist dann verpflichtet, die Leistungen einzustellen. Es gibt auch die Möglichkeit, die Miete direkt an den Vermieter zu zahlen.

Frau Härtling erkundigte sich nach den gesundheitlichen Einschränkungen und fragte, ob dafür ausschließlich ein Bescheid über den Grad der Behinderung maßgeblich sei – oder ob auch ein ärztliches Attest ausreicht.

Herr Kaltofen erklärte, dass gesundheitliche Einschränkungen zunächst dokumentiert und berücksichtigt werden, da sie in der Regel bekannt sind. Führen eine solche Einschränkung jedoch zu einer Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit, bestehe gesetzlich die Pflicht, dies durch ein ärztliches Gutachten nachweisen zu lassen. Verweigert der Kunde diese Begutachtung, gehe damit auch der Anspruch auf Leistungen verloren.

Besonders problematisch wird es, wenn Kunden aus gesundheitlichen Gründen – häufig aufgrund psychischer Erkrankungen – nicht in der Lage oder nicht bereit sind, Kontakt mit dem Jobcenter aufzunehmen. In solchen Fällen geht man zunächst auf Ursachensuche. Eine konkrete Änderung betrifft die Handhabung von Wegeunfähigkeitsbescheinigungen: Bisher wurde ärztlich dokumentiert, dass Betroffene ihr Haus nicht verlassen können. Künftig wird dies jedoch nicht mehr ausreichen – stattdessen wird ein Gutachten eines Facharztes erforderlich sein.

Herr Dr. Bergner fragte nach, ob Leistungskürzungen im Bereich Mansfeld Südharz bzw. Nordhausen nicht als Sanktionsmechanismus dienen sollen, falls sich Menschen nicht aktivieren lassen.

Herr Kaltofen sagte, dass Leistungskürzung nicht das Ziel sein kann. Man möchte die betroffenen nicht aus dem System herausdrängen, sondern im System halten und versuchen, sie in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu bringen.

zu 7.6 Bericht Frühe Hilfen

Frau Dr. Gröger sagte, dass jährlich im Ausschuss über die Frühen Hilfen informiert wird. Der Bereich ist im Fachbereich Gesundheit angesiedelt.

Frau Franke informierte anhand der Präsentation über die Frühe Hilfen. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Labusga fragte, ob die Woche der Frühen Hilfen im kommenden Jahr wieder stattfinden wird und wie die Veranstaltungen in diesem Jahr angenommen wurden.

Frau Dr. Gröger sagte, dass es Gespräche stattfinden, wie die Woche 2027 gestaltet werden kann. Man wird noch ein Resümee ziehen, was gut und nicht so gut lief.

Frau Franke sagte, dass bestimmte Veranstaltungen stärker angenommen wurden als andere. Man möchte Familien noch besser erreichen und überlegt, wie man das gestalten kann.

zu 7.7 Jahresplanung 2026, Vorlage: VIII/2026/02811

Frau Haupt informierte, dass die Mitteilung unter TOP 7.7 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

zu 8 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 8.1 **Frau Dr. Kreutzfeld zum Haushalt**

Frau Dr. Kreutzfeld fragte, was sich genau hinter den einzelnen Kürzungen im Bereich der Gleichstellungsmaßnahmen verbirgt und ob es sich um eine Pauschale Kürzung handelt.

Frau Suchantke sagte, dass nicht pauschal gekürzt wurde. Die geförderten Träger erhalten 70 Prozent der Gesamtsumme per Zuwendungsbescheid. Es gab eine Abfrage, ob die eingereichte Finanzierung weiterhin Bestand hat. Daraufhin wird geprüft und man hat die Möglichkeit auf die 90 Prozent zu Bescheiden. Die Kürzungen betrifft hauptsächlich die Projektmittel. Es findet ein regelmäßiger Austausch mit den Trägern statt.

Frau Dr. Kreutzfeld fragte, ob es Träger gibt, die keinen Bescheid über 90, sondern nur über 70 Prozent erhalten haben und ob das Geld jetzt ausgezahlt werden kann.

Frau Haupt sagte, dass sie von Trägern erfahren hat, dass sie noch keinen Bescheid erhalten haben.

Frau Ernst bat um Benennung der Träger, um den aktuellen Sachstand prüfen zu können. Träger, von denen eine Mittelabforderung vorliegt, haben bereits einen Bescheid erhalten.

Frau Haupt fragte nach, ob die Umsetzung – wie im Ausschuss beschlossen – mit den 90 Prozent so gehandhabt wird.

Frau Ernst sagte, dass die 90 Prozent erst nach Freigabe der Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Im aktuellen Bescheid kommen daher vorläufig 70 Prozent zur Anwendung.

zu 8.2 **Frau Dr. Kreutzfeld zum Hitzeaktionsplan**

Frau Dr. Kreutzfeld fragte nach dem Sachstand des Hitzeaktionsplanes.

Frau Dr. Gröger sagte, dass dieser derzeit noch in Bearbeitung (Vorbereitung der internen GB-Beteiligung) ist und nach Fertigstellung vorgestellt wird.

zu 8.3 **Frau Dr. Kreutzfeld zum Tierheim**

Frau Dr. Kreutzfeld fragte, wie es mit dem städtischen Tierheim weitergehen soll und wann die Mittel dafür zur Verfügung stehen. Außerdem fragte sie, ob eine tiergerechte Unterbringung der Tiere dort noch möglich ist und wie sie Sachlage mit dem Katzenhaus ist, welches aktuell keine Tiere mehr aufnehmen darf.

Frau Brederlow sagte, dass Fragen zu den Finanzen an den GB I zu stellen sind.

Herr Lange sagte zum Thema Katzenhaus, dass es sich um ein laufendes Verfahren handelt und er sich dazu nicht äußern darf.

zu 8.4 **Frau Labusga zum Inklusionspreis**

Frau Labusga fragte, wie der Sachstand beim Inklusionspreis ist.

Frau Brederlow sagte, dass die Antwort vorliegt und derzeit noch vom OB-Büro geprüft wird. Man bevorzugt einen Inklusionspreis der auf Grund der aktuellen Haushaltslage nicht monetär sein soll, sondern eine Art Objekt. Dafür sollen Mittel im Haushalt eingestellt werden.

Frau Haupt verabschiedete Herrn Funk als sachkundigen Einwohner, da dies heute seine letzte Sitzung war. Sie bedankte sich für seine Mitarbeit und wünsche ihm alles Gute.

Herr Funk bedankte sich für die gute Zusammenarbeit.

zu 8.5 **Frau Labusga zum Haushalt**

Frau Labusga fragte, was sich hinter den Kürzungen in dem Bereich BuT, Hilfen zur Gesundheit und Bestattungskosten verbirgt. Außerdem fragte sie, wie der Sachstand der Bescheide bei den Suchtberatungsstellen ist.

Frau Brederlow erklärte, dass im Rahmen der pauschalen Kürzungen in verschiedenen Bereichen nach aktuellem Stand im Mai eine Reduzierung bis zum Jahresende an bestimmten Stellen vertretbar ist. Außerdem sagte sie, dass der Ausschuss nicht beschließend ist und dass man die Freigabe der entsprechenden Mittel nicht erhalten hat. Die Suchtberatungsstellen sind beschieden worden entsprechend dem, was die Stadtverwaltung vorgeschlagen hat.

zu 8.6 **Herr Hemming zu öffentlichen Toiletten**

Herr Hemming fragte, ob die Toiletten im Bürgerservice dauerhaft für die Öffentlichkeit geschlossen sind. Außerdem fragte er, ob die Liste der öffentlichen Toiletten, die <https://halle-grenzenlos.de/wegweiser/wc> aufzurufen ist, aktuell ist.

Frau Brederlow sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.7 **Herr Hemming zu den Rentieren**

Herr Hemming fragte, warum die Rentiere noch nicht nach Dessau umgezogen sind und wann dies passieren soll.

Frau Brederlow sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.8 **Frau Krause zum Haushalt**

Frau Krause bat um eine aktuelle Übersicht der Umsetzung der Förderungen in dem Bereich Soziales.

Frau Ernst sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 8.9 **Frau Labusga zum Haushalt**

Frau Labusga fragte zum Elisabeth-Tisch, warum dieser aus der Förderung gefallen ist.

Frau Brederlow sagte, dass in den Förderrichtlinien steht, dass zu spät eingereichte Projekte nur berücksichtigt werden können, wenn noch Mittel zur Verfügung stehen. Dies ist nicht der Fall.

zu 9 **Anregungen**

Es gab keine Anregungen.

Frau Haupt bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Sophia Waldowski
stellv. Protokollführerin